

N i e d e r s c h r i f t

über die 19. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung und Umwelt am Dienstag, 18 September 2018, um 20.00 Uhr im Sitzungssaal der Lindener Ratsstuben

Ausschussvorsitzender:	Nöh, Burkhard	
Ausschussmitglieder:	Heine, Volker Dr. Lenz, Ulrich Karin Lenz Joachim Schaffer Markgraf, Antje Reinwald, Peter Rippl, Frank Dirk Hansmann	Vertretung für Haggenmüller Dieter Vertretung für Löser , Friedel Vertretung für Weitze, Alisha
Stadtverordnetenvorsteher:	---	
stellv. Stadtverordnetenvorsteher:	Lang, Gudrun Bausch, Hans	
Magistrat:	Bürgermeister König, Jörg Erster Stadtrat Arnold, Norbert Stadtrat Altenheimer, Thomas Stadträtin Braun, Petra Stadtrat Deeg, Sven Stadtrat Gath, Wolfgang Stadtrat Krapf, Reinhold Stadtrat Trinklein, Gerhard Stadtrat Wolter, Michael	
Gäste:	Herr Link, AG Stadt, Kassel	
Ausländerbeiratsvorsitzender:	Abrahamian, Abraham	(entschuldigt)
Verwaltung	Frau Dilger-Becker, Birgit Frau Müller, Simone Herr Zenkert, Andreas	TOP 1 - 3
Presse:	Herr Sekatsch, Harold (Gießener Allgemeine) Herr Wißner, Thomas (Gießener Allgemeine)	
Zuhörer:	5	
Protokollant:	Braun, Bernd	

TAGESORDNUNG:

- 1 Begrüßung, Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Beschlussfassung über Einwendungen gemäß § 29 Abs. 4 Satz 4 der Geschäftsordnung für die Stadtverordnetenversammlung und die Ausschüsse der Stadt Linden
- 3 Entwicklung und Umsetzung des Projektes Bauernhofkita
- Magistratsvorlage Drucksache Nr. 0072/16-21 -
- 4 Neuaufstellung Regionalplan Mittelhessen - Gemeindebefragung
- Magistratsvorlage Drucksache Nr. 0074/16-21 -
- 5 Verschiedenes

Zu TOP 1

Begrüßung, Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Ausschussvorsitzenden Nöh eröffnete die 19. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung und Umwelt und begrüßt alle Anwesenden. Er stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde, die vorgeschriebene Veröffentlichung in den Lindener Nachrichten erfolgte und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Zu TOP 2

Beschlussfassung über Einwendungen gemäß § 29 Abs. 4 Satz 4 der Geschäftsordnung für die Stadtverordnetenversammlung und die Ausschüsse der Stadt Linden.

Beschlussempfehlung:

Keine Einwendungen

Zu TOP 3

Entwicklung und Umsetzung des Projektes Bauernhofkita - Magistratsvorlage Drucksache Nr. 0072/16-21 –

Herr Bgm König stellt die Vorlage zur Bauernhofkita vor. Im Vorfeld wurden auch mehrere andere Objekte besucht, die aber meist durch die Eigentümer bzw. Anlieger keine Zustimmung fanden. Ein weiteres Problem stellt die notwendige Außenfläche dar.

Es wurde auch über verschiedene Containerlösungen nachgedacht.

Die Kinder sollen durch den Besuch in der Bauernhofkita neue Denkansätze und Perspektiven im letzten Jahr vor dem Schulalltag gewinnen.

Herr Bürgermeister König erteilt Frau Müller das Wort. Sie soll das geplante Projekt vorstellen.

Der Vortrag von Frau Müller wird im Ratsinformationssystem eingestellt.

Nach dem Vortrag stellt Herr Reinwald die Frage an Frau Müller, ob eine Bauernhofkita eine ähnliche Ausstattung wie ein Waldkindergarten hat oder wie sieht das Konzept aus? Sind hier bestimmte Energiekonzepte notwendig.

Frau Müller erklärt, dass im Gegenteil zur Waldgruppe hier auch eine Heizung und eine Sanitäranlage vorhanden sein muss. Sonst ist eine eher minimalistische Ausstattung geplant.

Herr Braun erläutert die Kostenschätzung und erwähnt, dass die Preise zum Teil von ortsansässigen Unternehmen eingeholt wurden.

Von Herrn Braun wurde bestätigt, dass die Mehrwertsteuer enthalten ist.

Herr Rippl fragt nach den Kosten für die Küche.

Frau Müller erläutert, dass es eine reine Ausgabeküche ist.

Herr Reinwald sagt, dass die Frage der Brutto- bzw. Nettokosten schon beantwortet wurde. Weitere Fragen, die sich für ihn stellen sind: wird die ENEV eingehalten und wie es sich mit dem Brandschutzkonzept und mit den vorhandenen Stahlstützen verhält.

Herr Braun erklärt, dass zu diesem Zeitpunkt der Planung noch keine Gespräche mit dem Amt für Brandschutz geführt worden sind.

Herr Reinwald erläutert, dass Brandschutz nicht verhandelbar ist.

Herr Braun stimmt dem zu, erwähnt aber, dass zumindest ein zweiter bzw. dritter Rettungsweg vorhanden ist.

Herr Reinwald ist der Meinung, dass an das Vorhaben sehr unprofessionell herangegangen wurde. Hätte man hier nicht eine öffentliche Ausschreibung vorschalten müssen?

Herr Bürgermeister König erläutert, dass es nur eine Aufstellung der zu erwartenden Kosten ist und eine Prüfung, ob das Vorhaben überhaupt durchgeführt werden kann, wozu die Zustimmung der politischen Gremien notwendig ist.

Herr Braun führt aus, dass die ENEV noch geprüft werden muss.

Herr Dr. Schütz führt aus, dass es eine tolle Idee ist und spricht nochmals den Brandschutz an, der bei der Kostenschätzung nicht berücksichtigt wurde. Wir können keinen Entschluss treffen bevor nicht weitere Punkte geklärt werden.

Her König greift das Wort von Herrn Dr. Schütz auf und merkt an, dass es eine gute Idee ist und der Magistrat gerne an der Idee weiterarbeiten möchte. Es aber auch klar sei, dass das Projekt Bauernhofkita gestoppt werden muss, wenn die Kosten aus dem Ruder laufen.

Herr Steinberg bedankt sich für die vorgelegte Schätzung und sieht einen großen pädagogischen Wert in der Bauernhofkita. Er ist der Meinung, die Idee weiter zu verfolgen, auch wenn sich die Kosten wesentlich erhöhen.

Herr Ausschussvorsitzender Nöh fasst noch einmal zusammen, dass es eine grobe Schätzung ist und noch nicht alle Punkte abgearbeitet sind.

Herr Reinwald bestätigt Herrn Steinberg das es eine gute Idee ist. Es hätte aber aus seiner Sicht professioneller angegangen werden müssen und man hätte zumindest die Grundlagenermittlung nach der HOAI beauftragen können.

Herrn Bürgermeister König es ist wichtig, dass die Gedanken des Parlaments mit eingebracht werden. Die Kosten für die Planung müssten auch in den Haushalt eingestellt werden.

Her Bausch bemängelt, dass es kein Bauernhof mehr ist und die Zufahrt zur Kita über den schmalen Feldweg führt. Eine weitere Frage stellt sich für ihn, wie das mit der Entwässerung erfolgen soll.

Herr Dr. Schütz ist der Meinung, dass die Abstimmung in Anlehnung des JSSK erfolgen kann und über die Punkte zwei und drei der Magistratevorlage nicht beschlossen werden soll.

Herr Bürgermeister König erklärt, dass eine genauere Kostenermittlung bis zur nächsten Sitzung vorgelegt wird um die Kosten dann entsprechend im Nachtragshaushalt einzustellen sind.

Herr Dr. Lenz fasst zusammen, dass die Punkte zwei und drei nicht zur Abstimmung kommen und bis zum Nachtragshaushalt die Kosten für die Planung und den Bau in der Oktobersitzung vorliegen sollen.

Herr Reinwald ergänzt, dass für die Grundlagenermittlung nach der HOAI Kosten von ca. 2.000 € entstehen.
Herr Bürgermeister König ergreift das Wort und möchte die Diskussion zum Abschluss bringen.

Herr Steinberg stellt die Frage, wie es mit dem Brandschutz im Waldkindergarten aussieht und welche Anforderungen an die Bauernhofkita gestellt werden. Dieser Punkt sollte noch abschließend geklärt werden.

Herr Ausschussvorsitzender Nöh lässt nur über den Punkt 1 der Magistratsvorlage abstimmen:
Die Abstimmung über die Magistratsvorlage Drucksache Nr. 0072/16/21 ergibt einstimmige Beschlussempfehlung.

Über die Punkte 2 und 3 wurde nicht abgestimmt.

Zu TOP 4

Neuaufstellung Regionalplan Mittelhessen - Gemeindebefragung - Magistratsvorlage Drucksache Nr. 0074/16-21 –

Herr Bürgermeister König erklärt die Vorgehensweise der Bearbeitung der Regionalplanung. Die Umsetzung dauert ca. zwei Jahre. Die heutigen Angaben können auch noch geändert werden.

Herr Dr. Schütz bemängelt die schlechte Darstellung des Fragebogens im Ratsinformationssystem.

Herr Zenkert erläutert dazu, dass es bei der Darstellung Probleme gibt. Jedoch wurde der Entwurf den Fraktionen schon am 10.09.2018 zur Verfügung gestellt.

Herr Link erklärt, dass dem RP Gießen das Problem mit der Darstellung bekannt ist und es noch keine Lösung gibt.

Herr Link von der AG Stadt stellt die Themen Regionalplanung und Bauleitplanung in einer ausführlichen Erläuterung vor. Er erörtert z. B. den Unterschied zwischen einem vorhabenbezogenen und einem „normalen“ Bebauungsplan. In diesem Zusammenhang erklärt er auch die Grundlagen des städtebaulichen Vertrags und der Mischgebiete sowie der allgemeinen Wohngebiete.

Herr Heine stellt die Zwischenfrage bezüglich verschiedener Entwicklungsgebiete.
Herr Link erläutert, dass es nur grobe Darstellungen der Gebiete sind.

Frau Markgraf hat Fragen zu der beiliegenden Karte mit dem urbanen Gebiet.

Herr Link führt aus, dass das Vorranggebiet Siedlung Planung keine reine Wohnbaufläche sein muss und erklärt dies ausführlich.

Frau Markgraf möchte wissen, warum die Darstellungen „Vorranggebiet Industrie und Gewerbe Planung“ zum Vorranggebiet Siedlung Planung“ umgewandelt werden soll.

Frau Dilger-Becker erklärt dazu, dass sich ein Mischgebiet bzw. ein urbanes Gebiet nur aus dem Vorranggebiet Siedlung entwickeln lässt. Daher die vorgeschlagene Umwandlung. Auch Herr Link gibt hierzu noch Erläuterungen.

Frau Markgraf stellt die Frage, warum die Flächen entlang der Großen-Lindener Straße zwischen Großen-Linden und Leihgestern, die derzeit als Pferdekoppeln genutzt werden, nicht als zu bebauende Fläche auf dem Plan von Herrn Link dargestellt sind.

Herr Link führt aus, dass eine Erschließung aufgrund der örtlichen Gegebenheiten sowohl entlang der Großen-Lindener Straße als auch südlich des Neubaugebietes „Nördlich Breiter Weg“ schwierig und aufwendig sei. Eine vormals angedachte Fläche östlich der Beethovenstraße ist aufgrund der mangelnden Kapazitäten des Kanals problematisch. Herr Link schlägt vor, es bezüglich der Siedlungsentwicklung auf bei den Vorgaben des Regionalplanes zu belassen.

Herr Bausch sieht dies aus beruflichen Gründen bedenkenswert, da zu viel in die Fläche gegangen wird. Er spricht auch die Flächen zwischen der Bebauung des Breiten Weges und des Baugebiets „Nördlich Breiter Weg“ an.

Herr Link führt aus, dass der Bodenschutz und die Sicherung landwirtschaftlicher Flächen immer mehr an Bedeutung gewinnt und erläutert hierzu.

Herr Dr. Lenz erklärt, dass eine Erschließung der beiden angesprochenen Gebiete seinerzeit durch die Eigentümer nicht gewünscht wurde.

Herr Reinwald spricht nochmals die Vorranggebiete an und stellt die Frage, ob diese Flächen zuerst erschlossen werden müssen.

Herr Link merkt an, dass die Stadt bestimmt, was über den Flächennutzungsplan in Ihrer Gemarkung entwickelt wird.

Herr Ausschussvorsitzender Nöh fasst zusammen, dass die Festsetzungen nicht zwingend durchgeführt werden müssen, sondern auch noch andere Gebiete entwickelt werden können.

Herr Dr. Lenz spricht Herrn Link bezüglich der Bevölkerungsentwicklung an und erklärt, dass die Zahlen so nicht richtig sind. Weiter führt er aus, dass Flächen bis zu einem Hektar in einem einfachen Verfahren durchgeführt werden können, bei allen anderen Flächen muss der Regionalplan geändert werden. Es ist eine Absichtserklärung der Gremien, wie weiter verfahren werden soll. Irgendwann wird es auch neue Eigentümer mit neuen Ideen geben und damit vielleicht die Möglichkeit, wie man an solche Flächen herankommt. Im Moment sieht er jedoch noch keine Möglichkeit an beide Gebiete heranzukommen.

Herr Link führt aus, dass man eine Bevölkerungsentwicklung von 3 % hat und eine Reurbanisierung in Richtung Stadt stattfindet. Der Bauboom wird noch ca. 2 – 3 Jahre anhalten und dann ist die Obergrenze erreicht.

Bis zum Jahr 2030 will die Bundesregierung den Flächenverbrauch auf unter 30 Hektar pro Tag verringern (Nachhaltigkeitsstrategie)

Herr Link erläutert in diesem Zusammenhang auch die §§ 13 a 13 b des Baugesetzbuchs, welche ein beschleunigtes Verfahren zur Nachverdichtung im Innenraum bieten und mit dem § 13 b auch den Außenbereich einschließen.

Frau Markgraf findet es widersprüchlich, dass die Siedlungsfläche laut des RP reduziert werden soll, die Stadt Linden jedoch mehr Fläche möchte. Des Weiteren geht sie auf den Bereich westlich des Gewerbegebietes ein.

Herr Link erklärt, dass es abzuklären sei, wo eine räumliche Entwicklung Sinn macht und wo nicht. Deshalb erst einmal einen Aufschlag erstellen, der ggf. reduziert werden kann.

Herr Ausschussvorsitzender Nöh fragt an, ob noch Fragen bestehen. Da dem nicht so ist, kommt man nunmehr zu Abstimmung:

Die Abstimmung über die Magistratsvorlage Drucksache Nr. 0074/16/21 ergibt bei 6 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen Beschlussempfehlung.

Zu TOP 5

Verschiedenes

Fr. Markgraf möchte den Sachstand zu der Anfrage der Parkplätze in der Johannes-Leun-Straße erläutert bekommen.

Herr Bürgermeister König erklärt die mögliche Vorgehensweise.

Frau Markgraf sieht das auch positiv.

Herr Reinwald fragt nach dem Stand der Auftragsvergaben für den Neubau der Kindertagesstätte.

Herr Bürgermeister König sagt, dass die Beauftragung der Sachverständigen Baubegleiters und die Erstellung der funktionalen Baubeschreibung umgehend beauftragt werden kann.

Frau Markgraf spricht die Wegeverlegung an der Grube Fernie an.

Herr Bürgermeister König führt aus, dass dazu noch Planungen durchgeführt werden müssen. Hessen Forst würde die Planungen übernehmen.

Ende der Sitzung 22.20 Uhr



.....
Burkhard Nöh, Ausschussvorsitzender



.....
Bernd Braun, Protokollant